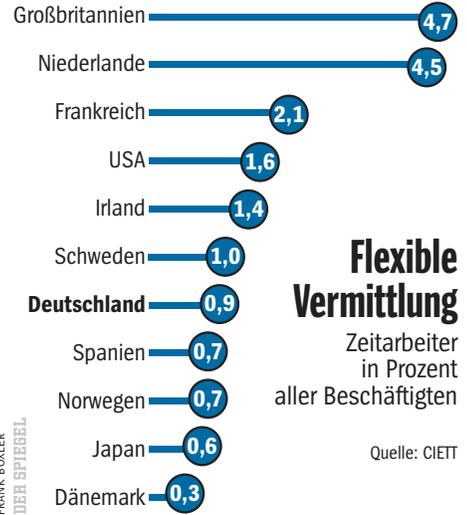




Beschäftigte im Callcenter: Den zubetonierten Arbeitsmarkt auf sanfte Weise entfesseln



Flexible Vermittlung
Zeitarbeiter in Prozent aller Beschäftigten

Quelle: CIET

ARBEITSMARKT

Heuern nach Bedarf

Politiker, Gewerkschafter und Arbeitgeber wollen die Leiharbeit ausbauen, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Doch zunächst muss die Branche selbst ihr Geschäft in Ordnung bringen.

Ein Traumjob ist das nicht gerade: Alle paar Wochen eine neue Firma, ständig andere Chefs und immer ein paar Euro weniger in der Tasche als die Kollegen. Seit Günter Tessarek vor sechs Jahren arbeitslos wurde, verdingt sich der Installateur bei der Zeitarbeitsfirma Randstad als Leiharbeiter – notgedrungen und ohne viel Begeisterung. „Wem liegt das schon“, fragt er, „ständig neu anzufangen?“

Nur – Tessarek ist 59. Zu alt, als dass ihn noch jemand fest anstellt. Zu jung, um schon in Rente zu gehen. Also hat sich der Berliner mit dem grauen Bürstenhaar und dem Diamant im Ohr dem stetigen Wechseltakt der Personalbranche angepasst: mal eine Woche lang Heizkörper schleppen in einem Berliner Einfamilienhaus, dann drei Monate lang Leitungen löten in einem Fabrikneubau irgendwo in Brandenburg. Für sein Alter ein „ganz schöner Knochenjob“, findet Tessarek, „aber immer noch besser, als arbeitslos zu Hause vor dem Fernseher zu hocken“.

Der Berliner Installateur könnte bald zum Musterfall werden – quer durch die Parteien wollen die Politiker mit einer Leiharbeits-Offensive für neuen Schwung auf dem Arbeitsmarkt sorgen, Zeitarbeit soll zur Job-Maschine werden. Wird das Reformmodell von VW-Vorstand Peter Hartz umgesetzt, sollen die Arbeitslosen künftig sogar bei neuen Leihagenturen der Arbeitsämter angestellt werden, am vergangenen Montag weihte Arbeitsminister Walter Riester in Duisburg die erste dieser „Personal-Service-Agenturen“ ein.

Die Erwartungen sind gewaltig: Würde der Arbeitnehmerverleih hier zu Lande ähnlich erfolgreich ausgebaut wie in den benachbarten Niederlanden, könnten rasch Hunderttausende von Stellensuchenden einen neuen Job finden, verspricht etwa der Berliner Arbeitsmarktforscher und Hartz-Berater Günther Schmid. Und das, so fügt der Professor hinzu, „ohne reguläre Beschäftigte zu verdrängen“.

Besser noch: Die Leiharbeit soll den zubetonierten deutschen Arbeitsmarkt auf quasi sanfte Weise entfesseln – ohne am Kündigungsschutz zu rütteln und die Tarifordnung zu brechen. Das Geschäftsprinzip der Branche verheißt Flexibilität und Sicherheit gleichermaßen: Die Leihkräfte bleiben bei ihren Agenturen mit vollem Sozialschutz fest angestellt, die Unternehmer können dennoch Personal anmieten, wie sie es brauchen. Heuern und feuern nach Bedarf, ohne viel Bürokratie, ohne hohe Kosten.

Haben die Politiker also endlich den „Königsweg“ (Hartz) für den deutschen Arbeitsmarkt gefunden? Lässt sich der Job-Motor tatsächlich ohne Härten für Arbeitnehmer und Krach mit den Gewerkschaften reformieren? Darf das Vier-Millionen-Heer der Erwerbslosen bald auf eine neue Perspektive bei Randstad, Manpower und

Co. hoffen – ganz so wie in den Niederlanden?

Sicher: Schon heute setzen viele Branchen, etwa die Betreiber von Callcentern auf Leihkräfte. Künftig werden immer mehr Firmen Zeitarbeit nutzen, um teure Überstunden zu sparen oder Auftragsspitzen abzufedern.

Fraglich aber ist, ob die Zeitarbeit tatsächlich helfen kann, den Problemgruppen des Arbeitsmarktes – Ältere, Geringqualifizierte, Dauerarbeitslose – wieder einen Job zu beschaffen. Zunächst nämlich müsste es der Verleihbranche gelingen, das eigene Geschäft in Ordnung zu bringen. Die privaten Unternehmen sind über Tarife und Arbeitsbedingungen heillos zerstritten.

Jetzt rächt sich, dass die Regierungen der vergangenen 30 Jahre glaubten, das Problem mit einem paragrafengespickten Sonderrecht namens Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aus der Welt schaffen zu können. Doch außer zusätzlicher Bürokratie, einem Katalog fragwürdiger Vorschriften und spitzfindigen Juristendebatten hat das Regelwerk den Beschäftigten nicht viel gebracht. Im Gegenteil: Was



Minister Riester: Zeitarbeit soll zur Job-Maschine werden

für andere Arbeitnehmer selbstverständlich ist, gilt in der Personalbranche als völlig exotisch. Branchentarife? Fehlanzeige. Betriebsräte? Eine Seltenheit. Firmenrente? Unbekannt.

Umso mehr Mühe geben sich die führenden Firmen, ihren Beschäftigten einen verschleiernenden Schönsprech zur Imagepflege aufzunötigen. Leihkräfte heißen danach „überbetriebliche Mitarbeiter“, die Mietagenturen selbst nennen sich „Personaldienstleister“, und statt vom „Einstellen“ ist im Branchenjargon vom „Recruiten“ die Rede.

Doch alle Begriffsakrobatik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Leiharbeitsmarkt noch immer „ein Sumpf“ ist, wie Gewerkschafter klagen. Während in den meisten anderen Industrieländern eine Hand voll Konzerne das Geschäft unter sich aufteilen, laufen in Deutschland mehr als 60 Prozent des Umsatzes durch die Kassen Tausender von Kleinverleihern mit wenigen Beschäftigten. Viele führen keine Steuern und Sozialabgaben ab, kümmern sich nicht um Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit, zahlen deutlich unter Tarif. In Ostdeutschland bekommt eine Hilfskraft oft nicht mehr als 4,50 Euro in der Stunde, Facharbeiter verdienen bis zu 30 Prozent weniger als im Fest-Job.

Die Folgen sind gravierend. In Berlin geraten reguläre Maler- oder Installationsbetriebe zunehmend in Not, weil ihnen billige Leiharbeiterkolonnen die Aufträge wegschnappen. Konzerne wie Siemens oder Motorola sparen Personalkosten in Millionenhöhe, indem sie fast ganzjährig Zeitarbeiter zu günstigen Tarifen beschäftigen. Personalmakler stellen systematisch Leute in den neuen Ländern ein, um sie zu niedrigen Ostlöhnen an Auftraggeber im Westen zu vermieten.

Alle Versuche der Branche, ihr Tarifsystem in Ordnung zu bringen, blieben bislang erfolglos. Der jüngste Anlauf scheiterte vergangenes Jahr schon im Ansatz. „Vor allem bei ungelerten Hilfskräften ist der Lohndruck ungebrochen“, klagt Heide Franken, Geschäftsführerin des Marktführers Randstad in Köln.

Viele Arbeitnehmer winken deshalb schon entnervt ab, wenn sie das Wort Zeitarbeit nur hören. Bei ihren Gewerkschaften können sie nicht auf Unterstützung hoffen. Seit einem Vierteljahrhundert ringen die professionellen Arbeitnehmervertreter um die Frage, wie sie mit der Verleihbranche umgehen sollen. Mitmachen? Ignorieren? Bekämpfen? Bis zum heutigen Tag haben sie keine schlüssige Antwort gefunden.

Der Zwist tobt ausgerechnet zwischen den beiden größten Organisationen im Gewerkschaftslager. Während die mächtige IG Metall durchsetzen will, dass künftig für alle Mietkräfte dieselben Löhne wie im Einsatzbetrieb gelten, plädiert die Dienstleistungsgewerkschaft

Ver.di für einen eigenen Leiharbeits-tarif.

An der Basis lösen die Funktionärsfehden nur noch Kopfschütteln aus. Hanno Hoff zum Beispiel, Betriebsratschef beim Zeitarbeitsriesen Randstad, hat „manchmal den Eindruck, da führen einige einen Machtkampf auf unsere Knochen“.

Die Machtspiele der Gewerkschafter und die Lohnkonkurrenz der Unternehmer verstärken sich gegenseitig. Weil es kaum Tarifschutz gibt, hat die Branche ein Schmutzdelimage. Weil sie unter Dumpingverdacht steht, haben die Funktionäre Vorbehalte, überhaupt einen Tarif abzuschließen.

Um den Teufelskreis zu durchbrechen, versuchen Politiker, Gewerkschafter und Arbeitgebervertreter seit langem, dem kommerziellen Arbeitnehmerverleih eine politisch korrekte Variante entgegenzusetzen: ohne Ausbeuterei und Wildwuchs, sozial engagiert. Doch auch dieses Modell steckt voller Tücken, wie das Beispiel der nordrhein-westfälischen Start Zeitarbeit GmbH in Duisburg beweist. Bereits 1995 hatten Landesregierung sowie die regionalen Spitzen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden den Zeitarbeitsbetrieb gegründet, mit einem entscheidenden Unterschied zur privaten Konkurrenz: Start-Kräfte müssen denselben Tarif bekommen wie ihre fest angestellten Kollegen im Entleihbetrieb. Ein hehrer Anspruch, aber ziemlich geschäfts-



Leiharbeiter Tessarek
„Ständig neu anfangen“

schädigend. Denn vor allem für Hilfskräfte und Ungelernte liegen die Löhne weit über dem, was kommerzielle Zeitarbeitsfirmen zahlen. „Meine Leute sind da schlicht nicht wettbewerbsfähig“, gibt Start-Geschäftsführer Ulrich Jansen zu. Kein Wunder, dass die Duisburger Jobvermittler bis heute ein Schattendasein führen. In diesem Jahr werden sie nur 1200 Joblosen eine neue Existenz verschaffen, bei rund 800 000 Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen eine Quote von unter einem Prozent.

So jedenfalls ist das Beschäftigungswunder nicht zu schaffen. MICHAEL SAUGA



Filmstudio Babelsberg

Fläche **47 Hektar**

Studios **16**, darunter die Marlene-Dietrich-Halle mit 4000 m²

Filme 2001 **7**, darunter „The Pianist“ von Roman Polanski

Beschäftigte **160**

DER SPIEGEL

weit schlecht. Hinzu kam ein Führungs-zwist in Babelsberg: Nur fünf Tage vor dem 90. Geburtstag

FILMINDUSTRIE

Feind vor der Tür

Hat das legendäre Studio Babelsberg noch eine Zukunft? Der französische Vivendi-Konzern denkt über einen Verkauf nach.

Zum 90. Geburtstag gab es im Studio Babelsberg am vergangenen Montag noch einmal ganz großes Kino: Vor 700 Gästen spielte das Filmorchester Babelsberg die Begleitung zu Fritz Langs Stummfilmklassiker „Metropolis“ – neben Josef von Sternbergs „Blauem Engel“ bis heute das unbestrittene Meisterwerk der ehemaligen Ufa-Studios.

Kaum waren die Lichter wieder an, waren die schönen Erinnerungen an Welt-ruhm und hohe Filmkunst verfliegen. Statt futuristischer „Metropolis“-Kulissen flimmerten bunte Bilder zum Beispiel der RTL/Ufa-Serie „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ über die Leinwände. Wo einst Weltstars drehten, sprach nun ein Pariser Immobilienmanager sich und seinen Gästen Mut zu.

„The show must go on“, sagte Thierry Potok, Statthalter des französischen Studiobesitzers Vivendi Universal; tatsächlich aber ist die Zukunft von Babelsberg ungewisser denn je. Von der Schließung über den Verkauf bis zum glanzvollen Aufstieg in die Hollywood-Liga reichen die Szenarien für die ehemalige Heimat von Marlene Dietrich und Hildegard Knef. Gute Zeiten? Schlechte Zeiten? Oder steht schon der Feind vor der Tür – wie in dem im Jahr 2000 hier produzierten Kinofilm „Enemy at the Gates“?

Mehrere Probleme bedrängen das Potsdamer Studio: Die Auftragslage im internationalen Kinogeschäft und auf dem nationalen Fernsehmarkt ist branchen-

wurde Studiochefin Gabriela Bacher nach elf Monaten im Amt gefeuert. Entscheidend aber ist die desolade Lage des hoch verschuldeten Mutterkonzerns Vivendi Universal, dem nach dem Sturz von Konzernchef Jean-Marie Messier eine Schrumpfkur bevorsteht.

Wenn Messier-Nachfolger Jean-René Fourtou am kommenden Mittwoch seine Strategie verkünden will, geht es deshalb auch um eine Richtungsentscheidung für 16 Studios, 160 Beschäftigte und die deutsche Kinokultur im fernen Potsdamer Vorort Babelsberg. Im Wesentlichen stehen drei Modelle zur Wahl:

- ▶ Die Schließung: Nach zehn verlustreichen Jahren im deutschen Filmgeschäft könnten die Franzosen die legendären Studios dichtmachen und stattdessen das 47 Hektar große Gelände als Wohn- und Gewerbegebiet verkaufen.
- ▶ Die deutsche Lösung: Paris behält das Gelände und engagiert nationale Produktionsfirmen wie die NDR-Tochter Studio Hamburg oder Bavaria (Westdeutscher Rundfunk, Südwestrundfunk, Bayerischer Rundfunk) für den Studiobetrieb. Der Vorteil: Die Deutschen könnten dann Überkapazitäten auf dem umkämpften Heimatmarkt abbauen.
- ▶ Das Hollywood-Modell: Vivendi reicht Babelsberg intern an die konzern-eigenen Studios Universal Pictures in Hollywood weiter – großes Kino in Deutschland. Alternativ würden die Potsdamer Studios an die Themenparks der Universal Recreation Group angeschlossen – die Traditionsstudios würden dann konsequent zum Unterhaltungspark à la Disneyland umgebaut. Zusammen mit Universal stünde Babelsberg damit international zum Verkauf.

Während der ehemalige Investmentbanker Potok noch auf die Entscheidung aus Paris wartet, will er in zumindest einer Frage schon Klarheit schaffen: Einen Nachfolger für die geschasste Studiochefin sucht er derzeit nicht. Ihren Job, sagt der Chef von Vivendi-Deutschland, könne er auch selbst machen.

FRANK HORNIC